
Inhalt

Denis Heuring, Paul-Moritz Rabe, Mirjam Zadoff

Resilient oder in Gefahr? Demokratien in Zeiten der Polykrise | 9

I

Michael Wildt

Wie eine Gesellschaft kippt: Die Machteroberung der Nationalsozialisten | 19

Mark Jones

Gewalt in der Weimarer Republik. Antisemitische Angriffe und
Desinformation im Krisenjahr 1923 | 31

Ronen Steinke

Wehrhafte Demokratie? Wie der deutsche Verfassungsschutz definiert,
welche politischen Meinungen er ausgrenzt und bekämpft | 43

Ruth Ben-Ghiat

Im Geiste Mussolinis: Giorgia Meloni und der demokratische Niedergang
Italiens | 53

Élise Julien

Die französische Demokratie zwischen konkurrierenden Erinnerungskulturen
und der Instrumentalisierung des »Nationalromans« | 65

Benjamin Zeeb

Asymmetrie, Ungleichgewicht und Desinformation: Die Schwachstellen
der EU im Kampf gegen Autoritarismus | 77

II

Çiğdem Akyol

Erdoğan gegen Atatürk: Der lange Kampf der türkischen Republik | **89**

Martin Schulze Wessel

Imperiale Hypothek: Russlands Weg in die Demokratie –
und wieder zurück | **101**

Heike Paul

Der lange Schatten des amerikanischen Bürgerkriegs auf die heutige
US-Demokratie | **111**

Noam Zadoff

Ethnonationalismus, Militarismus, Identitäten von Minderheiten und
die Gefahren für Israels Demokratie | **123**

Tarunabh Khaitan

Der schleichende Tod der indischen Verfassung: Wie Narendra Modi
seine Macht festigt und den Rechtsstaat aushöhlt | **137**

Pranish Desai

30 Jahre südafrikanische Demokratie: Konsolidierung inmitten der
Vertrauenskrise | **151**

Claudia Zilla

Chiles Ringen um eine neue Verfassung | **163**

Alice Bota

Staatsfeind Medien: Wie Russland und Belarus unabhängigen Journalismus
bekämpfen | **175**

III

Jan-Werner Müller

Rechtspopulismus als Bauherr: Über fragile Demokratien, Autokratie
und Architektur | **185**

Philipp Lorenz-Spreen

Digitalisierung und Demokratie: Der Einfluss sozialer Medien
auf politisches Verhalten | **195**

Felix Heidenreich

Creating Citizens – Wie entstehen demokratische Haltungen? | **205**

Mark Terkessidis

Diversität und Demokratie – Das politische Potential der Vielheit | **217**

Astrid Séville

»Wehrhaft« und »resilient«? Wie sich Demokratien verteidigen | **229**

Jonas Schaible

Wenn Demokratie zu verglühen droht | **239**

Autorinnen und Autoren | **251**

Resilient oder in Gefahr? Demokratien in Zeiten der Polykrise

Im März 2023 richtete das NS-Dokumentationszentrum München in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Goethe-Institut die internationale Tagung »Fragile Demokratien. 1923/1933/2023« aus. An drei Tagen diskutierten Expert*innen¹ aus Politik-, Geschichts-, Kultur-, Natur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gemeinsam mit zahlreichen Besucher*innen über den Zustand der Demokratie – in Vergangenheit und Gegenwart, in Deutschland und verschiedenen Regionen der Welt.² Den Anlass bildete zum einen die sich zum 90. Mal jährende Machtübernahme der Nationalsozialisten zwischen Januar und März 1933, und zum anderen der gescheiterte Umsturzversuch zehn Jahre zuvor, der sogenannte »Hitler-Putsch« vom 8. und 9. November 1923. Beide Ereignisse erinnern daran, dass Demokratien sowohl plötzlich als auch schleichend enden können, sowohl durch Gewalt als auch durch eine friedliche Übergabe der Macht an autoritäre Herrscherstrukturen, durch einen offenen Umsturzversuch wie durch die allmähliche Zersetzung des Systems von innen.

Wenn sich Geschichte ähnelt

Etwas mehr als ein Jahr ist seit der Tagung vergangen, und wenn die nun vorliegende Sammlung von Essays erscheint, ist die Sorge um die Demokratie akuter denn je. Tatsächlich hat sich in den Monaten, in denen wir an diesem Projekt gearbeitet haben, die Situation weiter zugespitzt. Während Deutschland im Frühsommer 2024 den 75. Geburtstag des Grundgesetzes feierte und damit an die aus dem Nationalsozialismus entstandene Verantwortung der Bundesrepublik erinnerte, könnte im Herbst zum ersten Mal eine in Teilen rechtsextreme Partei in Regierungsverantwortung auf Länderebene gelangen. Offizielle Prognosen³ sowie die nationalen Ergebnisse der Wahlen zum EU-Parlament lassen mit Sorge nach Sachsen, Thüringen und Brandenburg blicken. Die AfD wurde zweitstärkste Partei in Deutschland; im Osten des Landes wurde sie mit Abstand stärkste Kraft.



Demonstration gegen Rechtsextremismus von ca. 100.000 Menschen in München, Ludwigsstraße, 21.11.2024, Foto: Picture alliance/ZUMAPRESS.com/Sachelle Babbar

Seit Ende 2023 gehen Hunderttausende Menschen in deutschen Städten für Demokratie und gegen Rechtsextremismus auf die Straße. Schockiert über das öffentlich gewordene Geheimgespräch von AfD-Politiker*innen, Neonazis und Unternehmer*innen in Potsdam, die Skandale um einen rechts-extremen Europaabgeordneten oder rassistische Gesänge in einer Nobel-Disko auf Sylt erinnern die Demonstrierenden immer wieder lautstark an die historische Verantwortung Deutschlands. Banner und Sprechchöre rufen die Erosion der Weimarer Demokratie und den Aufstieg der Nationalsozialisten ins Gedächtnis. Fotomontagen statten AfD-Politiker*innen mit Nazi-Attributen aus. Und auch wenn sich die Endphase der Weimarer Republik nicht mit dem aktuellen Zustand unserer Demokratie gleichsetzen lässt, so führen diese Analogien eines deutlich vor Augen: Die gegenwärtige Sorge um die Demokratie speist sich hierzulande nicht zuletzt aus dem Wissen um die deutsche Vergangenheit.

Auch wenn Historiker*innen immer wieder darauf hinweisen, dass alarmistische Vergleiche Gefahr laufen, zu vereinfachen und Differenzen aus dem Blick zu verlieren, ist die Sorge um unser demokratisches System nachvollziehbar. Denn dass ungeachtet der 80 Jahre zurückliegenden nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Verbrechen, Politiker*innen im heutigen Deutschland wieder SA-Losungen im Mund führen⁴, dass am Vatertag Män-

ner in Wehrmachtsuniform⁵ unterwegs sind, oder in einem Münchner Bierkeller der Hitlergruß⁶ gezeigt wird, gehört zum beunruhigenden Zustand des Frühsommers 2024. Es muss wohl etwas dran sein an der Furcht vor den »echoes of history«, dem Widerhall der Geschichte, vor dem Mark Twain in dem ihm zugeschriebenen und zum geflügelten Wort gewordenen Ausspruch warnte: »History never repeats itself, but it does rhyme.«

Während Deutschland, das trotz oder wegen seiner Diktaturerfahrungen im 20. Jahrhundert noch immer zu einer der gefestigtsten Demokratien der Welt gehört, sich um seinen liberalen Rechtsstaat sorgt, sind anderenorts schon längst jene »Brandmauern« eingerissen worden, die man hierzulande noch zu stabilisieren versucht. In Italien regiert mit Georgia Meloni seit 2022 eine postfaschistische Politikerin, die auf europäischer Ebene Kompromisse eingeht, aber im eigenen Land bereits an einer Verfassungsänderung arbeitet, die das Parlament schwächen soll. In Frankreich reagierte Emmanuel Macron auf den klaren Sieg des rechtspopulistischen *Rassemblement National* bei den Europawahlen 2024 mit der Auflösung der Nationalversammlung; die Partei von Marine Le Pen landete bei den vorgezogenen Parlamentswahlen zwar hinter dem Linksbündnis *Nouveau Front Populaire* und Macrons *Ensemble* und verfehlte die angestrebte absolute Mehrheit. Doch angesichts der Wahlergebnisse ist damit zu rechnen, dass der Republik eine Phase der politischen Instabilität bevorsteht. In Ungarn, Viktor Orbáns »illiberaler Demokratie«, ein Begriff der auf Benito Mussolini (1883–1945) zurückgeht⁷, werden rechtsstaatliche Prinzipien schon so lange ausgehöhlt, dass Europa sich längst daran gewöhnt hat – ein Umstand, der die demokratische Fragilität der EU auf erschreckende Weise veranschaulicht.

Blickt man noch etwas weiter, sieht es nicht besser aus: Der anfangs liberal agierende Recep Tayyip Erdoğan baute die Türkei in den vergangenen zwei Jahrzehnten Stück für Stück in ein autokratisches Präsidialsystem um. Der russische Präsident Vladimir Putin, auf den Deutschland zu Beginn seiner Amtszeit große Hoffnungen gesetzt hatte, hat sich in zaristischer Manier zum Alleinherrscher gemacht. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Angriffskrieg auf die Ukraine bestätigte er seine neo-imperialen Ambitionen. In Indien, der einst bevölkerungsreichsten Demokratie der Welt, nutzte Premierminister Narendra Modi seine beiden ersten Amtszeiten, um die Verfassung des Landes in den Dienst einer hindu-nationalistischen und minderheitenfeindlichen Politik zu stellen. Die Demokratieentwicklung auf dem afrikanischen Kontinent wird durch post- und neokoloniale Abhängigkeiten gebremst und erlebte jüngst aufgrund von Staatsstreichen und Putsch-Versuchen herbe Rückschläge. Und im Herbst

2024 kehrt mit Donald Trump möglicherweise der vielleicht einflussreichste Populist unserer Zeit an die Spitze der Demokratie zurück, die bis zu seiner ersten Amtszeit als die stabilste galt. Am 6. Januar 2021, als Trump seine Anhängerschaft zum Sturm auf das Kapitol ermutigte, bestätigte sich, was aufmerksame Kommentator*innen schon zuvor festgestellt hatten: Amerika war auf dem Weg zu einem »Weimerica«.⁸ Heute herrscht – unabhängig vom tatsächlichen Wahlergebnis im November 2024 – die traurige Gewissheit, dass Millionen von US-Amerikaner*innen ihre Stimme bewusst einem verurteilten Kriminellen und skrupellosen Machtmenschen anvertrauen werden, der demokratische Prinzipien missachtet und sich dafür feiern lässt.

Vom »Ende der Geschichte« zum »Ende der Demokratie«?

Diese Entwicklungen mögen mitunter überraschen. Nach dem Ende des Kalten Kriegs und dem Kollaps der Sowjetunion war man in weiten Teilen der damaligen »westlichen Welt« von einem Siegeszug der Demokratie ausgegangen. Der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama konstatierte damals das »Ende der Geschichte«, weil die Menschheit den »Endpunkt der ideologischen Evolution« erreicht habe.⁹ Die liberale Demokratie kapitalistischer Prägung habe sich gegenüber alternativen Herrschafts- und Regierungsformen durchgesetzt.

30 Jahre später scheint sich diese hoffnungsvolle Spekulation zerschlagen, ja sogar in ihr Gegenteil verkehrt zu haben. Der weltweite und nachhaltige Siegeszug der liberalen Demokratien blieb aus. Stattdessen nähren aktuelle Messungen des globalen Demokratieniveaus die Sorge, dass wir eher dem allmählichen »Ende der Demokratie« entgegenblicken. Seit 2012 gibt es weltweit mehr Staaten, die sich autokratisieren, als Länder, die sich demokratisieren.¹⁰ Laut Untersuchungen des schwedischen *V-Dem Institute* (*Varieties of Democracy*) leben heute 71 % der Weltbevölkerung, rund 5,7 Milliarden Menschen, in elektoralen oder geschlossenen Autokratien – also entweder in Systemen, in denen sich zwar unterschiedliche Parteien zur Wahl stellen können, der Wahlausgang jedoch durch unfaire Wahlbedingungen und eingeschränkte Grundrechte wie Meinungs-, Presse- oder Versammlungsfreiheit stark beeinflusst wird, oder in diktatorisch geführten Staaten, in denen demokratische Institutionen und Prozesse vollständig abgeschafft wurden.¹¹ Das *V-Dem Institute* stuft Nationen wie Ungarn, Russland oder die Türkei als elektorale Autokratien ein. Auf der langen Liste der geschlossenen Autokratien beziehungsweise Diktaturen stehen Nationen wie China, Iran, Nordkorea oder Libyen.

Lediglich ein Drittel der Weltbevölkerung besitzt hingegen demokratische Rechte und Freiheiten: 16 % leben heute in sogenannten elektoralen Demokratien – also in Ländern wie Argentinien, Südafrika oder, seit Kurzem, Israel –, und nur knapp 13 % in sogenannten liberalen Demokratien wie Deutschland, Chile oder Japan. Liberal sind diese Demokratien, weil sie dem Individuum das moralische Vorrecht gegenüber dem sozialen Kollektiv einräumen, die Gleichheit aller Menschen proklamieren und soziale Institutionen und politische Gestaltung in den Dienst des gesellschaftlichen Zusammenlebens stellen. Sie garantieren Bürger- und Freiheitsrechte und charakterisieren sich durch politische Gewaltenteilung, also durch ein ausbalanciertes Interagieren und gegenseitiges Kontrollieren von Exekutive, Legislative und Judikative, sowie durch eine vitale Zivilgesellschaft. Diese Staatsform, die Fukuyama als die »endgültige menschliche Regierungsform« und ein »nicht verbesserungsbedürftiges Ideal« bezeichnete¹², steht gegenwärtig einer politischen Realität gegenüber, die sich durch demokratische Erosion und autokratische Regression, also der weiteren Autokratisierung von Autokratien, auszeichnet.

Doch wie besorgniserregend sind die aktuellen Tendenzen? Läuten sie tatsächlich so etwas wie das »Ende der Demokratie« ein? Oder gehören antidemokratische Angriffe und systemische Fissuren schlicht zur modernen Demokratiegeschichte?

In der Tat erleben wir nicht die erste Autokratisierungsbewegung seit der Entstehung der modernen Demokratie, die spätestens im 19. Jahrhundert Prinzipien wie Volkssouveränität, Repräsentation und Freiheit gegen absolutistisch-feudale Herrschaftsvorstellungen durchgesetzt hatte. Allein im 20. und 21. Jahrhundert lassen sich drei größere Wellen ausmachen: Auf die kurze Demokratisierungsphase unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg, die in Deutschland die Gründung der Weimarer Republik inklusive der Einführung des allgemeinen Wahlrechts mit sich brachte, folgte bald schon eine erste Autokratisierungswelle, die mit Mussolinis »Marsch auf Rom« 1922 begann und bis zur Niederlage der faschistischen Diktaturen im Jahr 1945 andauerte. Die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Phase der Demokratisierung erreichte ihren Zenit Anfang der 1960er Jahre und flachte dann wieder ab. Dafür baute sich eine zweite Autokratisierungswelle auf – sie zeigte sich beispielsweise in Form der vornehmlich rechtsgerichteten Militärdiktaturen in Lateinamerika –, die bis in die 1970er Jahre hineinreichte. Nach dem Demokratisierungsschub, der unter anderem durch das Ende der Diktaturen in Griechenland (1974), Portugal (1974) und Spanien (1975) eingeläutet wurde und sich durch den Zerfall der Sowjetunion (1991) weiter ver-

stärkte, begann um die Jahrtausendwende eine dritte Welle der Autokratisierung, die bis heute andauert.¹³

Die unterschiedlichen Phasen der Demokratisierung und Autokratisierung lassen sich historisch betrachtet somit als dialektische Verläufe beschreiben, die von den jeweiligen systemischen Gegebenheiten sowie der Zufälligkeit der Ereignisse abhängen und eben keinen vermeintlichen Endpunkt in der ideologisch-systemischen Synthese der liberalen Demokratie finden. Bislang galt noch immer: Zwar können einzelne Demokratien sterben, die Demokratie an sich hat jedoch bis heute überlebt. Aber bleibt das auch weiterhin so?

Die amerikanischen Politikwissenschaftler Daniel Ziblatt und Steven Levitsky betitelten ihre viel beachtete Auseinandersetzung mit der demokratischen Regression der vergangenen Jahrzehnte mit »How Democracies Die« (2018), während der britische Historiker David Runciman für seine im selben Jahr erschienene Analyse den Titel »How Democracy Ends« wählte. Die Buchtitel verdeutlichen, dass die konkrete Beschäftigung mit den Herausforderungen, vor denen einzelne demokratische Staaten stehen, und die theoretischen Diskussionen über das Überleben der Demokratie beziehungsweise das Leben in einem möglicherweise postdemokratischen Zeitalter Hand in Hand gehen.¹⁴ Die Sorge gilt heute nicht nur einzelnen Demokratien, sondern zugleich auch der Demokratie als Staatsform.

Das liegt nicht zuletzt daran, dass immer weniger eindeutig ist, was eigentlich unter Demokratie zu verstehen ist, wer sie verteidigt, und wer sie angreift. Während sich etwa die Feind*innen der Demokratie in den 1920er und 1930er Jahren in ihrem Anliegen, den Parlamentarismus durch Einparteiensysteme und »Führerkult« ersetzen zu wollen, offen zu erkennen gaben, ist es heute weitaus schwieriger, anti-demokratische Strategien und Figuren zu identifizieren. Wenn sich Politiker*innen wie Trump, Orbán aber auch die AfD-Spitzen hierzulande als die »wahren Demokraten« respektive »Volksvertreter« und damit als die eigentlichen »Verteidiger der Demokratie« inszenieren, wird der Begriff der »Herrschaft des Volkes« umgedeutet und ausgehöhlt. Zurück bleiben Bürger*innen, die weder zuverlässig zwischen Freund und Feind noch zwischen den unterschiedlichen Auslegungen der Demokratie unterscheiden können.

Zugleich gefährdet das populistische Denken alle Ebenen des demokratischen Zusammenlebens, indem es eine Weltsicht populär macht, die von verfeindeten Fronten und unüberwindbaren Gräben ausgeht. Egal, ob wir über Identität sprechen, über Kultur oder Außenpolitik, die Gegensätze scheinen unversöhnlich, ein Schwarz und Weiß, Pro und Kontra ohne Grautöne oder solidarische Momente. Hinzu kommt, dass liberale Gesellschaften